

Kasse statt Rednerpult



Am Mittwoch, den 29.02.2012 schlüpfte Regine Lück, für die „Kinderstadt Rostock“ des Rostocker Freizeitentrums, in die Rolle einer Kassiererin. Die Kassieraktion fand im „dm“-Markt in Bentwisch von 17.30 - 18.00 Uhr im Rahmen des Wettbewerbes von der UNESCO „Ideen - Initiative - Zukunft“ statt. Regine war sogar sehr erfolgreich und kassierte für die „Kinderstadt Rostock“ sensationelle 907,23 Euro. Da dies eine ziemlich „krumme“ Summe war, erhöhte der „dm“-Markt auf insgesamt 1.000 Euro. Also, sollte Regine sich mal nach einem neuen Tätigkeitsfeld umschauen, hinter der Kasse macht sie auf jeden Fall eine sehr gute Figur. Nun einmal kurz zum Projekt, das Regine als Kassiererin unterstützt hat. „Kinderstadt Rostock“ ist ein ganzjähriges Projekt und ermöglicht Kindern, Demokratie zu erleben, Berufe auszuprobieren, Verantwortung zu übernehmen, aber auch einfach mal Spaß zu haben. Des Weiteren gibt es, wie es sich für eine richtige Stadt gehört, natürlich eine gewählte Bürgerschaft mit 4 Mädchen und 3 Jungen im Alter von 8 bis 12 Jahren. Der Bürgerschaft steht unsere BürgermeisterIN Gerda (10 Jahre) vor. Und wer weiß, vielleicht ist unter diesen 7 Kindern einmal ein lupenreiner Bundespräsident?! Ihr seid herzlich eingeladen, das Mehrgenerationenhaus Rostocker Freizeitzentrum einmal genauer kennenzulernen und die interessanten Angebote des Hauses in der Kuphalstraße 77 zu erleben.

Rosi Panowa (Rostocker Freizeitzentrum)/Nico Arndt (Freiwilliger im sozialen Jahr für die Demokratie), Foto: Olaf Krull

In dieser Ausgabe

■ Seite 2 : Editorial
■ Seite 3 : Vor Ort sein
■ Seite 4/5 : Kreisparteitag in Rostock
■ Seite 6/7 : Frauentag
■ Seite 8 : Aufruf
■ Seite 9 : kleine Schritte

■ Seite 10 : bäuerl. Tierhaltung
■ Seite 11 : Klausur der Ltf.
■ Seite 12 : In Memoriam
■ Seite 13 : Regionalkonferenz
■ Seite 14 : Leserbrief
■ Seite 15 : Termine
■ Seite 16 : Equal Pay Day

Editorial

Der Kreisverband Rostock wird künftig von einer Doppelspitze geführt. Wie es dazu kam, könnt Ihr in einem ausführlichen Bericht über den Kreisparteitag vom 31. März lesen. Drei Seiten hätte ich schreiben können, so viel ist auf diesem Parteitag passiert. Dafür hätte aber der Platz nicht gereicht, denn der Klartext ist wieder einmal vollgepackt mit Eindrücken von der Arbeit der LINKEN in Rostock und im Landkreis.

Wieder einmal erhaltet Ihr Einblick in die Arbeit unserer Landtagsabgeordneten, und wir berichten über verschiedene Aktivitäten zum Frauentag. Fritz Tack beschäftigt sich mit dem sensiblen Thema Tierhaltung. Manfred Adam greift in seinem Leserbrief die Debatte über die Verleihung der Ehrenbürgerwürde an Joachim Gauck auf. Unser Plattdeutsch-Autor Kurt Kaiser nutzt ein trauriges Jubiläum für einen Blick zurück: Vor 70 Jahren wurden große Teile Rostocks durch die Bomben des 2. Weltkrieges zerstört.

Den Klartext gibt es seit kurzem auch wieder im Internet: www.dielinke-rostock.de.

Danke, Lars!

Übrigens: Wissenschaftler haben herausgefunden, dass konservative Menschen glücklicher sind als linke, progressive Menschen. Konservative blenden das Schlechte aus, während Linke sich mit Ungerechtigkeiten nicht abfinden.

Trotzdem: Viel Vergnügen beim Lesen des Klartext wünscht Euch Carsten Penzlin



KLARTEXT online

Aus Anlass des 80. Jahrestages des Regierungsantritts der NSDAP am 13. März 2012 erklärt der Experte der Linksfraktion für Rechtsextremismus, Peter Ritter:

„Noch vor der Machtübergabe an Hitler und dessen NSDAP am 30. Januar 1933 hatte die Nazi-Partei in beiden Mecklenburgs die Herrschaft übernommen. Am 13. März 1932 erreichte sie bei den Landtagswahlen in Mecklenburg-Strelitz neun Mandate und trat erstmalig in die Landesregierung ein. Kurze Zeit später, nach dem Wahlerfolg vom 5. Juni 1932, stellten die Nazis in Mecklenburg-Schwerin die erste Alleinregierung. Das demokratische System und alle anderen Parteien wurden bekämpft und eliminiert.

Dieser 80. Jahrestag des Regierungsantritts der NSDAP muss Anlass sein zu hinterfragen, warum diese demokratiefeindliche und menschenverachtende Politik, die zur verbrecherischen Diktatur auf deutschem Boden führte, die Macht übernehmen konnte. Diese Lehren der Geschichte müssen wir ernst nehmen. Heute und in Zukunft! Es ist daher zu begrüßen, dass sich die demokratischen Fraktionen im Landtag auf der kommenden Sitzung des Parlaments dafür aussprechen wollen,

das Landesprogramm ‚Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken‘ fortzuführen und zu optimieren. Dieses Programm, so der Beschlusstext, ist Ausdruck für den gemeinsamen Willen, das Miteinander der Menschen in Mecklenburg-Vorpommern auf der Basis der Prinzipien von Demokratie und Toleranz zu fördern und jeglicher Form von Extremismus, Antisemitismus, Gewalt und Fremdenfeindlichkeit wirksam zu begegnen. Um dem gerecht zu werden, muss die aktuelle Politik genau hinterfragt, welche Wirkungen ihre Entscheidungen oder Nichtentscheidungen haben, wie die Lebensinteressen und Perspektiven der Einwohnerinnen und Einwohner des Landes berücksichtigt und gestaltet werden. Wenn im Landesprogramm festgestellt wird, dass der Zuspruch der extremen Rechten nicht auf der Substanz ihrer Inhalte beruht, sondern aus Defiziten in der demokratischen Kultur und des politischen Handelns resultiert, ist die Richtung für politisches Handeln vorgegeben: den Rechtsextremisten keine Freiräume schaffen. Nicht weniger, sondern mehr Kultur. Arbeit, von der man leben kann. Gleichberechtigter Zugang zu Bildung für alle. Weltoffenheit und Gewaltfreiheit. Politik mit den Menschen gestalten und nicht über ihre Köpfe hinweg. Nimmt man diese Herangehensweise ernst, ist ein Umsteuern in der herrschenden Landespolitik an vielen Stellen dringend geboten.“

Impressum

V. i. S. d. P. Carsten Penzlin

Kreisvorstand DIE LINKE.Rostock
Geschäftsstelle Rostock
Stephanstraße 17
18055 Rostock
Telefon: 0381-4920010
Telefax: 0381-4920014
E-Mail: info@dielinke-rostock.de
Internet: www.dielinke-rostock.de

Kreisvorstand DIE LINKE.Landkreis Rostock

Geschäftsstelle Bad Doberan
Marktstraße 1
18209 Bad Doberan
Telefon: 038203-62391
Telefax: 038203-62180
E-Mail: dbr@die-linke-mv.de
Internet:
www.die-linke-guestrow.de

Geschäftsstelle Güstrow
Markt 34
18263 Güstrow
Telefon: 03843-687311
E-Mail: guestrow@die-linke-mv.de

Redaktion:
Edeltraud Crepon,
Maren Haase, Lars Kulesch,
Dr. Carsten Penzlin, Jörn Schulz,
Katharina Schlaack

Internet: www.dielinke-rostock.de

E-Mail: redaktionklartext@yahoo.de

Layout:
Andreas Reinke

Stadtdruckerei Weidner
Auflage: 1.200

Spendenkonten der LINKEN:

Bad Doberan:	Rostock:
KNr: 1015583	KNr: 430002084
BLZ: 13061128	BLZ: 13050000
Raiffeisenbank	OSPA-Rostock

Die Auffassungen in veröffentlichten Leserbriefen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen vor. Die vollständige Fassung eines gekürzten Beitrages erscheint in der Online-Ausgabe des KLARTEXT, sofern sie frei von persönlichen Diffamierungen und Beleidigungen ist.

Abonnement:
2,00 € pro Monat
(Spende + Versandkosten)

Vor Ort zu sein ist wichtig

„Prof. Dr. Fritz Tack kämpft um „seine - die eine“ Sache, die er nicht einfach aufgeben will, weil sie wichtig ist, weil sie weiter bestehen muß“, so lese ich es in einem Interview des Ostsee - Anzeigers. Und dass er vor Ort sein will, weil es wichtig ist, viele Anregungen für die Arbeit im Landtag aus den Gesprächen mit den Menschen zu erhalten.

Stimmt. Fritz ist oft vor Ort, obgleich der Landkreis Rostock riesig ist. Ich las, er gehört zu den vier größten Landkreisen der Bundesrepublik. Fritz Tack, Genosse, Landtagsabgeordneter, Agrarausschußvorsitzender, hat sich trotzdem entschlossen, den gesamten Landkreis als Landtagsabgeordneter zu betreuen. Das bedeutet unter anderem auch: ein Büro in Güstrow und eins in Bad Doberan. Ein Mitarbeiter in Güstrow und eine Mitarbeiterin in Bad Doberan. Die Mitarbeiterin, das bin ich.

Die Arbeit zwischen Güstrow und Bad Doberan läuft natürlich koordiniert ab, aber es bleibt ein sehr arbeitsintensives und konzentriertes Arbeitsvolumen für den Landtagsabgeordneten in einem Flächenkreis, der von Rerik bis Gnoien reicht. Die Region des „Altkreises“ Bad Doberan ist Fritz natürlich nicht unbekannt, seit 2004 ist er Kreistagsmitglied, trotzdem gibt es viele Vereine, Unternehmen, Probleme und viele Menschen, die er in der Funktion des Landtagsabgeordneten neu und anders kennenlernt.

Und so wie die gesellschaftliche Situation in diesem Land aussieht, so sind, genau betrachtet, auch die Termine. Kunst und Kultur werden stiefmütterlich behandelt, das Doberaner Kornhaus, Bürgerbegegnungsstätte und multikulturelles Zentrum, das auch die Jugendkunstschule beherbergt, bräuchte eine Institutionelle Förderung anstelle des permanenten Kampfes um Gelder. Die Senioren- und Pflegeheime befinden sich im Ringen um anständige Pflegesätze, und die Worte mangelnder „Anstand und Fürsorgepflicht“ auf Seiten der Gesellschaft, darf ich hier wohl getrost verwenden. Die geplante Kürzung der Mittel für die Schuldnerberatungsstellen um 150.000 € im Land, trifft auch die einzige Schuldnerberatungsstelle in Bad Doberan eiskalt, keiner weiß was werden soll, wenn die Mittel derart abgesenkt werden.

Vereine und Verbände, die nach der Wende Strukturen zur Beschäftigung arbeitsloser, benachteiligter Menschen aufgebaut haben, leiden arg unter den wenigen „Maßnahmen“, die noch verge-

ben werden; zusätzlich ist völlig klar, dass Menschen, die lange Zeit ohne Arbeit und Beschäftigung sind irgendwann sich selbst verlieren und für die Gesellschaft verloren gehen.

Schlecker in Bad Doberan – längst geschlossen, für diese Beschäftigten brauch-

feekränzchen, dafür ist die gesellschaftliche Situation zu ernst, und der notwendige Kampf um Frauenrechte zu aktuell; und so nahm die große Politik viel Raum ein, in Fritz' Rede, aber auch in seinen vielen Gesprächen.

Das waren ein paar Splitter aus der Arbeit



ten wir nicht mehr auf die Straße gehen am 8. März. Schlecht bezahlte Frauenarbeitsplätze, Altersarmut, Benachteiligungen. Weil ein Mensch eine Frau ist – das war das Thema des Landtagsabgeordneten am Internationalen Frauentag. 72 Frauen und Männer waren der Einladung gefolgt, wir waren wirklich erstaunt; denn zeitgleich fanden mehrere Frauentagsveranstaltungen in Bad Doberan und der näheren Umgebung statt. Die Motivation, zur Linken zu kommen, war unterschiedlich. Für einige ist es Tradition, manche kamen, um etwas über die Landespolitik zu erfahren und wiederum andere waren gekommen, um ganz konkrete Anliegen an Prof. Tack heranzutragen. Es war kein Kaf-

von Fritz Tack – und damit bin ich wieder am Anfang – er ist regelmäßig vor Ort, weil es um die Menschen geht, auch wenn er viele Termine an anderen Stellen hat.

Adriane van Loh, Bad Doberan



Der Lotse bleibt an Bord

-Eindrücke vom Rostocker Kreisparteitag-

Neun Stunden dauerte die 1. Tagung des 3. Kreisparteitages der Rostocker LINKEN. Langeweile kam zu keinem Zeitpunkt auf, im Gegenteil: Selten hat man auf Kreisparteitagen solch lebhaft Debatten zu Anträgen und richtungsweisenden Entscheidungen erleben können.

Am Anfang stand der Rechenschaftsbericht des Kreisvorsitzenden Prof. Wolfgang Methling, der auf eine beeindruckende Anzahl von Aktionen der Partei in den vergangenen zwei Jahren zurückblickte. Er hob den bedeutenden Beitrag der Rostocker LINKEN zum Landtagswahlergebnis hervor, musste aber auch einräumen, dass wir bei der OB-Wahl unser Ziel, den Amtsinhaber in die Stichwahl zu zwingen, verfehlt haben. Im einstimmig verabschiedeten Antrag A1 legte der Kreisvorstand die Arbeitsschwerpunkte für die kommenden zwei Jahre vor:

1. Bildungsarbeit zu wesentlichen Positionen und Projekten des Programms der Partei
2. Umsetzung der kommunalpolitischen Leitlinien des Parteiprogramms in der Ar-

beit unserer Bürgerschaftsfraktion und der Vertreter in den Ortsbeiräten, insbesondere:

- a) zur Sicherung und Rückgewinnung von kommunalem Eigentum
 - b) zum Erhalt von Theater, Orchester und anderen Kultureinrichtungen
 - c) zum Ausbau der direkten Demokratie
 - d) zur Stärkung der Rolle der Ortsbeiräte
 - e) zur Unterstützung von Maßnahmen und Projekten der Nutzung erneuerbaren Energien und des Klimaschutzes
 - f) Sicherung eines attraktiven ÖPNV-Angebotes
 - g) Engagement für den Erhalt und Zuwachs guter und gut bezahlter Arbeit
3. Stärkung der politischen Arbeit und Handlungsfähigkeit durch Weiterentwicklung der Strukturen des Kreisverbandes (Basisorganisationen, Stadtteil- bzw. Regionalverbände)
 4. Intensivierung der Jugend- und Seniorenarbeit
 5. Stärkung der kulturellen Aktivitäten und der Kultur des Miteinanders in der Partei
 6. Verbesserung der innerparteilichen

Kommunikation durch Nutzung der neuen Medien (Weiterleitung von Informationen, Aufbau eines Diskussionsforums)

7. Gewinnung neuer Parteimitglieder als Beitrag zum Projekt „DIE LINKE 2020“
8. regelmäßige Information der Einwohnerinnen und Einwohner über politische Aktivitäten und Positionen der LINKEN durch Bürgerbriefe, Newsletter u.a. an interessierte Adressaten
9. aktive Beteiligung an Bündnissen zur Vorbereitung von politischen Veranstaltungen, Demonstrationen u.a. (1.Mai; Gedenktage gegen Krieg, Faschismus, Rassismus; Proteste gegen Sozialabbau und für soziale Gerechtigkeit)
10. Kampf für die Wiedergewinnung des Direktmandates und ein sehr gutes Zweitstimmenergebnis in der Bundestagswahl 2013
11. Erhalt und Festigung des kommunalpolitischen Gewichtes in der Kommunalwahl 2014 durch die frühzeitige Erarbeitung des Wahlprogramms, Gewinnung von Kandidatinnen und Kandidaten sowie Aufstellung der Kandidatenlisten





12. Entwicklung einer langfristigen Personalstrategie für die nächsten Wahlen (Landesvorstand, Landesausschuss, Landtagswahl 2016, OB-Wahl 2019 u.a.)

Die im Amt bestätigte Schatzmeisterin Elfriede König konnte eine positive Bilanz zur Finanzarbeit ziehen, ganz besonders bedankte sie sich für das herausragende Spendenergebnis im Jahre 2011. Zu ihrem zehnjährigen Dienstjubiläum bekam Elfriede einen Blumenstrauß überreicht.

Gäste des Kreisparteitages waren u.a. der stv. Parteivorsitzende Heinz Bierbaum, der in seiner Rede die FDP scharf für ihre Weigerung kritisierte, den Schlecker-Mitarbeiterinnen zu helfen. So wie der Gen. Bierbaum warf auch Helmut Holter der SPD vor, durch ihre Ablehnung rot-roter Koalitionen einen Politikwechsel zu verhindern. In seiner kurzen aber mitreißen- den Rede warf Helmut der selbstzufriedenen Landesregierung vor, alle Probleme wegzulächeln. Die Folge sei Stillstand in der Landespolitik. DIE LINKE betreibe kompromisslose Opposition. Auf einer öffentlichen Fraktionssitzung werde sie ein eigenes Konzept für die Theater und Orchester in M-V vorlegen; zudem fordert die Fraktion einen mit 50 Mio. Euro ausgestatteten Zukunftsfonds Bildung. DIE LINKE müsse sich so entwickeln, dass „die Anderen nicht an uns vorbei kommen“, forderte Helmut abschließend.

Es folgte eine lebhaftige Generaldebatte zu zwei Kernpunkten: die Anträge der BO Linke Opposition sowie die vom Kreisvorstand vorgeschlagenen Satzungsänderungen. Bevor Christine Lehnert die Anträge der BO Linke Opposition einbringen konnte, wurde sie aus dem Plenum aufgefordert, doch erst einmal Ziele und Selbstverständnis ihrer im vergangenen Jahr gegründeten BO darzulegen (keine Regierungsbeteiligung, kein Ausverkauf linker Politik an die SPD), in der vor allem aber nicht nur Mitglieder der SAV organi-

siert sind. Schon der Name „Linke Opposition“ löst Skepsis aus, genauso wie die fehlende Bereitschaft, in den bestehenden Basisorganisationen für die eigenen Ziele zu streiten. Ihr Antrag A2 („Nie wieder solchen miserablen Wahlkampf führen – Wahlkampf in Rostock grundlegend ändern“) provozierte schon aufgrund der unglücklich gewählten Überschrift heftige Gegenreaktionen. „Wo seid Ihr?“, fragte Ralf Malachowski und forderte die Antragsteller auf, sich stärker an Aktionen der Partei zu beteiligen. Die im Antrag geäußerte Kritik am Landtagswahlkampf bezog sich vor allem auf die Plakatierung (zu spät; ausgeführt durch eine externe Firma statt durch Parteimitglieder; Mindestlohn für Mitarbeiter der Firma?). Der Antrag wurde an den Kreisvorstand überwiesen. Christine Lehnert beklagte eine „reflexartige Zurückweisung“ von Anträgen ihrer BO, aber zu Unrecht, wie sich noch zeigen wollte. Im Antrag A5 forderte die BO Linke Opposition im Widerspruch zu unserer Bürgerschaftsfraktion die Ablehnung eines Flächentarifvertrages für die Beschäftigten des Volkstheaters Rostock. Olaf Groth legte für die Fraktion die Gründe dar: Ohne Flächentarifvertrag drohen die Insolvenz von Theater und Orchester sowie schließlich eine Fusion mit den Schweriner Institutionen – eine Entwicklung, die anderen Parteien in der Bürgerschaft sehr gelegen käme. Dieser Argumentation wollte die große Mehrheit der Delegierten aber nicht folgen und stimmte dem Antrag A5 zu.

In der Abstimmung über richtungweisende Satzungsänderungen folgte der Parteitag den Vorschlägen des Kreisvorstandes, auch wenn es in der Debatte kritische Äußerungen gegen eine Doppelspitze im Kreisverband (neun Gegenstimmen) und gegen die Gründung von Stadtteilverbänden (vier Gegenstimmen) gab. Mit den Stadtteilverbänden (die eigene Vorstände wählen) entsteht in den kommenden Monaten eine zusätzliche Ebene zwischen

Basisorganisationen und Kreisvorstand. Die Vorteile erschließen sich noch nicht jedem, auch ein Beleg für Defizite in den Kommunikationswegen des Kreisverbandes.

Nun wird die Rostocker LINKE von einer Doppelspitze geführt: Kerstin Liebich und Wolfgang Methling. Zu ihren Stellvertretern wurden Elke Friedl und Carsten Penzlin gewählt. Erstmals gibt es einen jugendpolitischen Sprecher: Nico Burmeister. Weitere Mitglieder des Kreisvorstandes sind: Renate Baumgärtel, Angelika Blümcke, Petra Liebke, Liv Peter, Helge Bothur, Ralf Malachowski, Andreas Reinke und Sebastian Rohde.

Delegierte zum Bundesparteitag sind: Ellen Fiedelmeier, Kerstin Liebich und Ida Schillen sowie Ralf Malachowski, Hikmat al-Sabty und Steffen Bockhahn. Zu Mitgliedern des Landesausschuss wurden gewählt: Eva-Maria Kröger, Kati Reinke, Carsten Penzlin und Olaf Groth.



Text: Carsten Penzlin, Fotos: Jörn Schulz



Internationaler Frauentag in Güstrow

Der neu gegründete Ortsverband Güstrow, der von einem »kollektiven Führungsgremium« geleitet und koordiniert wird, bis einE FreiwilligeR für den Vorsitz gewonnen werden kann, hatte anlässlich des 101-sten Internationalen Frauentages die Genossinnen aus Güstrow und Umgebung am 8. März zu einer kleinen Festveranstaltung eingeladen. Etwa zwanzig Genossinnen folgten der Einladung.

Die Idee eines »internationalen Frauentages« stammte von Frauenrechtlerinnen aus den USA, die einen Kampftag für das Frauenwahlrecht bestimmen wollten. Im Jahr 1910 schlug Clara Zetkin auf der Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz die Einführung eines solchen Tages vor; – nachdem die Idee positiv aufgegriffen worden war, feierte man am 19. März 1911 (!) den ersten Frauentag in Deutschland. In 100 und einem Jahr hat die Frauenbewegung viel erreicht. Dennoch konnte die gesellschaftlich bedingte strukturelle Benachteiligung von Frauen nur partiell überwunden werden. Der Internationale Frauentag steht auch weiterhin für den Ruf nach politischer Einflussnahme durch Frauen und fordert Frauen zum Handeln auf. Der Internationale Frauentag ist sowohl Kampftag als auch Feiertag. Für die Partei DIE LINKE ist Geschlechtergerechtigkeit ein zentrales Anliegen, die Umsetzung der damit verbundenen Ziele ist eine Querschnittsaufgabe für alle Politikberei-

che.

Auf eine langwierige Auflistung und Darstellung des Frauentages in seiner historischen Entwicklung, auf die Würdigung sämtliche erkämpften Errungenschaften und auf die Anmahnung der immer noch offenen Ziele wurde in der Runde der langjährigen, kampferfahrenen Genossinnen verzichtet. Stattdessen erhielt Frau Ursula Pfannenschmidt die Gelegenheit darzustellen, wie sie durch viel persönliches Engagement, unterstützt durch Spender und Sponsoren und eine ausgesprochen individuelle Entwicklungshilfe vor Ort Frauen und Aids-Waisen in Afrika unterstützt und stärkt.

Im Anschluss an den Vortrag nutzten die Genossinnen noch die Gelegenheit bei reichlich Kaffee und Kuchen zum persönlichen Gespräch, für das am Rande von anderen Parteiveranstaltungen offenbar nicht immer der gewünschte Raum bleibt.

Sven Sauer
für den Ortsvorstand Güstrow

Vor dem Bundesparteitag

Nach der Landtagswahl in Schleswig-Holstein soll zur Vorbereitung des Göttinger Bundesparteitags (2./3. Juni) auf Regionalkonferenzen über den Leittrag des Parteivorstands und Personalvorschläge für den Parteivorstand, insbesondere für den Parteivorsitz, unter Beteiligung möglichst vieler Mitglieder diskutiert werden. Die Kandidat_innen für den Vorsitz stellen sich vor und lassen sich befragen. Für die Genoss_innen aus dem Landesverband Mecklenburg-Vorpommern findet die Regionalkonferenz am Dienstag, dem 15. Mai, in Hamburg statt (gemeinsam mit den Landesverbänden Hamburg, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Bremen). Die Konferenzen werden live im Internet übertragen (nicht im Fernsehen!).

Übrigens: DIE LINKE zählte Ende des vergangenen Jahres 69.458 Genossen, die Partei schrumpfte damit unter den Wert des Fusionsjahres 2007 (Höchststand am 31.12.2009: 78.046 Mitglieder). Im Osten hat sich seit 2007 der kontinuierliche Rückgang fortgesetzt, im Westen rutscht die Linke in Richtung der Anfangsgröße im Fusionsjahr zurück. Auffällig sind die Zahlen aus Bremen. Dort hat der Verband mehr als 25% seiner Mitglieder verloren. In Mecklenburg-Vorpommern hatte unsere Partei am 31.12.2011 5.123 Mitglieder, davon 44,8 Prozent weiblichen Charakters. Ende 2007 waren es noch 6.042 Personen. Der Anteil an weiblichen Mitgliedern bleibt in den westlichen Flächenverbänden weiterhin deutlich unter dem Parteidurchschnitt (37,3 Prozent). In Landesverbänden wie Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen ist gerade jedes vierte Mitglied weiblich.



Frauentag in Rostock



7.30 Uhr - Die Abgeordneten der Bundestagsfraktion sind unterwegs und lassen ihre Kolleginnen allein die Fraktionsarbeit machen. Natürlich nicht, weil sie arbeits-scheu sind, sondern weil Internationaler Frauentag ist. Ein Tag, der immer noch bitter nötig ist – denn die Benachteiligung von Frauen ist nach wie vor gegeben. Alleinerziehende Mütter sind stärker als andere soziale Gruppen von Armut bedroht, in börsennotierten Unternehmen sind Frauen in Vorständen praktisch nicht vorhanden, in regulären sozialversicherungspflichtigen Jobs gibt es immer noch Lohnunterschiede zu Ungunsten der Frauen, und im Verhältnis zu Männern sind sie überproportional oft im Niedriglohnssektor und in Minijobs beschäftigt. Daher waren die männlichen Mitglieder der LINKSfraktion unterwegs, um in genau solchen Jobs zu arbeiten. Für Steffen Bockhahn hieß das Anpacken und Mitputzen bei der WIRO (Wohnen in Rostock). „Selbstverständlich habe ich dabei ein kommunales Unternehmen unterstützt, dass seine MitarbeiterINNen vernünftig bezahlt...“, sagt Steffen.





10. Deutscher Seniorentag in Hamburg

Unter dem Motto „Ja zum Alter“ findet von Donnerstag, 3. Mai, bis Samstag, 5. Mai 2012, im Congress Center Hamburg der 10. Deutsche Seniorentag statt. In rund 100 Einzelveranstaltungen und an über 200 Ständen (auch einem Stand der BAG Senioren der LINKEN) auf der begleitenden Messe SenNova können sich die 20 000 erwarteten Besucherinnen und Besucher über ein gesundes, aktives und engagiertes Älterwerden informieren.

„Wir wollen das Älterwerden und das Altsein als Chance annehmen, aber auch als Herausforderung“, so die ehemalige Bundesfamilienministerin und Alterswissenschaftlerin Prof. Dr. Ursula Lehr, die Vorsitzende des Veranstalters, der Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen (BAGSO). Eröffnet wird der 10. Deutsche Seniorentag am 3. Mai um

10.00 Uhr von Bundespräsident Gauck. Bundeskanzlerin Angela Merkel hält am 4. Mai um 16.00 Uhr eine Ansprache.

Die Veranstaltung bietet Informationen zu Themen wie gesundheitlicher und finanzieller Vorsorge, altersgerechtem Wohnen sowie ehrenamtlichem Engagement im Alter. Diejenigen, die in der Seniorenarbeit sowie der Altenpflege tätig sind oder pflegebedürftige Angehörige betreuen, erhalten hilfreiche Anregungen und Gelegenheit, sich auszutauschen. Auf der Messe SenNova bieten sich zudem zahlreiche Möglichkeiten, um kostenlos Gesundheit, Fitness und Geschicklichkeit zu testen. Weitere Informationen sind zu finden unter:

www.deutscher.seniorentag.de und www.sennova.de.

siehe auch Seite 9

Aufruf zur Landesbasiskonferenz der Partei DIE LINKE MV am 28. April 2012 in Greifswald

Am 18.06.2011 fand in Teterow, in Sorge um eine sinkende Anziehungskraft und Kampagnenfähigkeit des Landesverbandes Die Linke MV und Unzufriedenheit mit der innerparteilichen Kommunikation und fehlenden sachlichen Diskussion, eine Basiskonferenz statt. Es gab viele kritische Worte, aber auch eine Menge Ideen, um den Zustand in unserer Partei zu verbessern. Im Ergebnis der Konferenz hat sich am 24.11.2011 die Landesarbeitsgemeinschaft Innerparteiliche Kommunikation (LAG IK) gegründet.

Auf dem Landesparteitag am 13./14. August 2011 wurde der Landesvorstand beauftragt, im Frühjahr 2012 eine Landesbasiskonferenz zum Thema „Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation im Landesverband“ durchzuführen. Die Konferenz findet am 28. April 2012 im Kommunikations-Centrum, Feldstr. 85 in

Greifswald in der Zeit von 09:30 Uhr bis 15:00 Uhr statt.

Die LAG IK ruft alle Mitglieder und Sympathisanten des Landesverbandes auf, diese Konferenz zu einer echten Basiskonferenz werden zu lassen. Eure Vorschläge und Anregungen sollten bestimmend werden. Nach Auffassung der LAG IK müssten folgende Schwerpunkte im Mittelpunkt stehen:

- Diskussion über Möglichkeiten, wie ein menschliches und kulturvolles Miteinander in der Partei gesichert werden kann

- Verknüpfung, Unterstützung und Weiterentwicklung der im Landesverband bestehenden Zeitungen

- Schaffen von Voraussetzungen einer landesweiten Mitgliederzeitung

- Festigen und Weiterentwickeln von Newslettern und einer Diskussions-

plattform im Internet

- Nutzung der technischen Möglichkeiten, um die Transparenz der Partei nach Innen und Außen zu verbessern

- Organisation regelmäßiger und attraktiver Landesbasiskonferenzen

- Vernetzung bestehender Strukturen im Landesverband, wie zum Beispiel der

AG`s und IG`s

Die Landesbasiskonferenz soll ein Schritt zu mehr Attraktivität unserer Partei und zu mehr Beteiligung der Mitglieder an Politikentwicklung sein. Wir freuen uns auf eine „gewaltfreie Kommunikation“ und einen inhaltsreichen Gedankenaustausch.

Die Landesarbeitsgemeinschaft Innerparteiliche Kommunikation



Auch kleine Schritte können helfen

Ein Kommentar des Landesvorsitzenden Steffen Bockhahn zur Debatte über die Kostenverteilung zwischen Bund und Ländern bezüglich der künstlichen Befruchtung bei ungewollt Kinderlosen

Die Bundesregierung will ungewollt kinderlosen Paaren helfen. Das finde ich gut. Das Familienministerium bietet an, dass solche Paare bei IVF und ICSI Behandlungen künftig auch durch die Bundesregierung unterstützt werden. Auch das verdient keine Kritik. Im Haushaltsausschuss des Bundestages wurden nun 7 Millionen Euro für 2012 frei gegeben, ab dem kommenden Jahr sollen es dann 10 Millionen Euro sein. Das ist zweifelsfrei zu wenig, aber immerhin.

Im vergangenen Jahr wurde heftig über die Präimplantationsdiagnostik diskutiert. Während dieser Debatten habe ich weit über hundert Briefe und Mails von Eltern bekommen, denen das Glück eigener Kinder nicht gegeben ist. Sehr persönliche Schicksale und eindringliche Bitten diesen Paaren zu helfen wurden mir übermittelt. Die Bundesfamilienministerin hat 2011 angekündigt Verbesserungen für ungewollt Kinderlose erreichen zu wollen. Wieder bekam ich sehr viel Post.

Nun liegt der Vorschlag auf dem Tisch. Der

Bund beteiligt sich an den ersten drei Versuchen mit bis zu 12,5 Prozent, am vierten mit bis zu 25 Prozent. Voraussetzung dafür ist, dass sich die Länder, in denen die Betroffenen leben, mit dem gleichen Anteil beteiligen. Bei den ersten drei Versuchen beteiligen sich die Kassen noch mit 50 Prozent, am vierten gar nicht mehr. Nach Adam Riese bleiben also die Paare bei den ersten drei Versuchen auf einem Viertel und beim vierten Versuch auf der Hälfte der Kosten sitzen. Jeder Versuch kostet bis zu 5.000 Euro. Das ist schon mal ein klares Ausschlusskriterium für Paare mit niedrigem Einkommen.

Da sind wir bei einem ersten erheblichen Problem: Natürlich will DIE LINKE und will auch ich ganz persönlich viel mehr, als das von der Bundesregierung vorgeschlagene Paket. Es führt zu massiver Verschuldung bei vielen Paaren, die diesen Weg gehen wollen, der ohnehin kein leichter ist. Natürlich müssen diese Leistungen für die ungewollt Kinderlosen eigentlich kostenlos sein. Es ist mir dabei ehrlicher Weise egal, ob das durch die Kassen, den Bund, die Länder oder den Weihnachtsmann getragen wird, aber es muss so kommen.

Es gibt eine Reihe anderer Verfahren, die ebenfalls erhebliche selbst zu tragende

Kosten verursachen. Auch da wäre Hilfe angebracht. Die Regelung bezieht sich nur auf Verheiratete. Die Lebenswirklichkeit ist doch nun aber wirklich längst eine andere. Viele leben ohne Trauschein zusammen, in so genannter eheähnlicher Gemeinschaft. Auch sie profitieren von der Regelung nicht. Nun ist die Frage, wie die Länder damit umgehen. Sozialministerin Schwesig will keine entsprechende Vereinbarung mit dem Bund schließen. Die Betroffenen in Mecklenburg-Vorpommern werden also von der Regelung nicht profitieren können.

Ich finde das komplett unanständig und verantwortungslos. Auf dem Rücken der Betroffenen macht man so etwas nicht. Auch ich will eine viel weiter gehende Regelung und habe das ja hier auch beschrieben. Dafür werde ich weiter streiten. Aber bis dahin nehme ich den Spatz in der Hand statt nach der Taube auf dem Dach zu schießen.

Übrigens war es ausgerechnet eine rot-grüne Bundesregierung, die eine erhebliche Verschlechterung bei der Kostenübernahme verursacht hat. Ein Grund mehr für Frau Schwesig ihr Verhalten zu überdenken.

Über die BAG SO

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen e. V. - kurz BAGSO - ist der Dachverband von 110 Verbänden (darunter auch die BAG Senioren DIE LINKE) mit rund 13 Millionen Menschen. Die BAGSO vertritt die Interessen älterer Menschen gegenüber Politik, Wirtschaft und Gesellschaft und setzt sich u.a. für ein selbstbestimmtes Leben im Alter, eine umfassende gesellschaftliche Teilhabe Älterer und ein solidarisches Miteinander der Generationen ein.

Auf einen Blick

Veranstaltung: 10. Deutscher Seniorentag 2012 mit Messe SenNova

Termin: Donnerstag, 3. Mai bis Samstag, 5. Mai 2012, jeweils 9.00 bis 18.00 Uhr, am 5. Mai bis 17.00 Uhr

Ort: Congress Center Hamburg (CCH), Am Dammtor/Marseiller Straße, 20355 Hamburg (in Fußnähe zum Bahnhof Dammtor)

Tageskarte: 7,50 Euro

3-Tage-Karte: 20 Euro inkl. Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel im Gesamtbereich des Hamburger Verkehrsverbundes (HVV)

Vorverkauf über die BAGSO-Geschäftsstelle, Tel.: 0228/24 99 93-0.

Ab 10. April 2012 auch bei der Verbraucherzentrale Hamburg, Kirchenallee 22 (Ecke Ernst-Merck-Straße), 20099 Hamburg (Nähe Hauptbahnhof), montags bis freitags von 10.00 bis 18.00 Uhr.

Tageskasse im CCH



Die Zukunft der bäuerlichen Tierhaltung in Mecklenburg-Vorpommern

Prof. Dr. Fritz Tack [Mdl, Sprecher der Landtagsfraktion für Agrarpolitik und ländliche Räume]

In den Debatten zur bäuerlichen Tierhaltung werden regelmäßig sowohl bei Befürwortern als auch bei Kritikern große Emotionen ausgelöst, die auch auf der Grünen Woche spürbar waren.

Unser Land wurde dort hervorragend repräsentiert. 10 Tage lang Besucherkorde und deutlich gestiegene Umsätze sprechen für sich. Hierfür kann den Ausstellern und Anbietern aus unserem Land nur gedankt werden; es hat sich gezeigt, dass regionale Produkte ein großes Potenzial haben und deren Erzeugung und Vertrieb stärker unterstützt werden müssen. Deutlich wurde auch im Agieren der Befürworter und Gegner von Stallneubauten und so genannter Massentierhaltung, dass politische Lösungen für die Perspektive der Tierhaltung in unserem Land eingefordert werden. Dabei stand der Antibiotikaeinsatz im Vordergrund. Unstrittig ist, dass dieser Einsatz in der Tierhaltung reduziert werden muss. Dazu brauchen wir aber eine bundesweite Strategie. Es macht wenig Sinn, wenn jedes Bundesland sein eigenes Süppchen kocht. Wir haben im Landtag mehrere Vorschläge zur Lösung des Problems gemacht: die Datengrundlage muss verbessert, die Haltungsbedingungen überprüft und das zuständige Personal besser geschult und bezahlt werden. Ein gutes Bestandsmanagement, eine integrierte tierärztliche Betreuung und betriebliche Programme zur Minimierung sind notwendig. Es geht um eine Verbesserung der Qualität in jeder Tierhaltung. Antibiotische Wirkstoffe sollten auch nur entweder bei Mensch oder Tier eingesetzt werden dürfen. Darüber hinaus hatte DIE LINKE aus diesem Anlass eine Sondersitzung des Agrarausschusses und eine Anhörung des Geflügelwirtschaftsverbandes beantragt.

Festzustellen ist, dass die kritische Auseinandersetzung mit der Frage, wie wir uns ernähren und womit wir uns ernähren, wächst. – Die Kritik trifft aber leider in erster Linie die, die uns ernähren die einheimischen Bauern. Ein kurzes Referat, ein einzelner Zeitungsartikel reichen nicht, um die ganzen komplizierten Wechselverhältnisse z.B. des Handels, unserer Konsumgewohnheiten und der internatio-

nen Einflüsse zu beleuchten. Bedenklich ist, dass uns Lebensmittel nicht viel wert sind, der Preis zumeist alles entscheidet und 30 bis 50 % der Lebensmittel im Müll landen. Gleichzeitig gibt es Hunger in der Gesellschaft und viele Kinder, die hungrig zur Schule gehen. Die Tafeln haben Hochkonjunktur.

Damit sind nur wenige der Fragen aufgeworfen, die die Öffentlichkeit derzeit bewegen. Wir brauchen eine sachliche Debatte für einen gesellschaftlichen Konsens und den Blick aufs Ganze. Ich meine solche Entwicklungen in unserem Land: Zu fast jedem geplanten Stallneubau, ob klein oder groß, entwickelt sich Widerstand von Einwohnern, die sich betroffen fühlen. Scheinbar unversöhnlich stehen sich Investoren, Bauern und Bürgerinitiativen, beide Seiten mit zahlreichen guten Argumenten gegenüber, und haben ganz unterschiedliche Sichten auf die Entwicklung ihrer Dörfer.

Was braucht unser Land und die ländlichen Räume? Selbstverständlich eine ausgewogene Entwicklung, die die natürlichen Potenziale, die Vorzüge unseres Landes und die Lebensgrundlagen der Bevölkerung erhält und verbessert. Dafür hat das Land genügend Raum. Es gehört aber auch mehr Tierhaltung zu regional verträglichen Bedingungen dazu. Aus ökologischer Sicht fehlt uns auf Grund des zu geringen Tierbestandes der organische Dünger. Zur Aufrechterhaltung eines nachhaltigen Nährstoffkreislaufes von Boden-Pflanze-Tier- Boden, zur Bewahrung des Schatzes der Bodenfruchtbarkeit, auf den bereits Thünen hinwies. Zum Zweiten fehlt uns die Wertschöpfung, die sich mit Tierhaltung deutlich erhöhen kann.

Es gibt solche Fragen: Was ist heute ein Bauernhof? Wo fängt die Agrarfabrik an? Ab wann haben wir es mit Massentierhaltung zu tun? Meiner Ansicht nach sind diese undefinierten Begriffe keine geeignete Grundlage für eine solide und berechenbare Politik. Klärung und Neuorientierung soll offenbar eine Strategieguppe im Ministerium bringen. Ich frage mich, auf welcher Grundlage wird dieses passieren?

Für mich ist die Forschung ein entscheidender Punkt. Es gibt aber in unserem Land seit langem keine begleitenden wissenschaftlichen Untersuchungen dazu, welche positiven oder negativen Wirkungen von großen oder kleinen Hühner- oder

Schweinställen bzw. Haltungsformen ausgehen. Vom Minister wird der Handlungsbedarf für wissenschaftliche Begleitung und praxisnahe Forschung betont, andererseits werden die Mittel aber gekürzt. Man darf gespannt sein, welche Ansätze die Landesregierung dazu in ihrem Haushaltsentwurf hat und ob der Abbau der agrarwissenschaftlichen Forschung im Land aufgehoben wird und wie die länderübergreifende Kooperation gestärkt wird. Das wäre solide und ernstgemeinte Politik. Wenn nicht, schauen wir in die Glaskugel und definieren Massentierhaltung heute so, morgen so, je nach politischer Stimmungslage? Ich erinnere daran, dass unter SPD Regierungen im Bund die Gesetze gemacht wurden, die es möglich machen, dass solche monströsen Stallanlagen, wie in Alt-Tellin, gebaut werden können.

Zur soliden Politik gehören für mich aber auch Bestandsgrößen, in denen man mit Mindestlöhnen von 10 Euro Einkommen erwirtschaften kann und die auch einem studierten Landwirt Perspektiven bieten können. Wir brauchen auch in der Tierhaltung die Einheit von Ökonomie, Ökologie und Sozialem. Solide Politik ist in unseren Augen eine regional bestimmte Größenbegrenzung für Anlagen für alle Nutztierarten. Es ist die Einordnung von Ställen in die Territorien bei früher Einbeziehung und Mitsprache der Einwohner sowie eine bessere Kontrolle durch die Landes-Behörden zur Einhaltung der Hygiene- und Gesundheitsstandards in den Unternehmen.

Ich will auch einen landeseigenen Widerspruch hervorheben. Der 1998 vom Landtag gefasste Beschluss, dass landwirtschaftliche Flächen des Landes an solche Pächter gehen sollen, die durch Sonderkulturen oder die Verstärkung der Viehhaltung die Beschäftigung erhöhen und für mehr Wertschöpfung auf der Fläche sorgen, ist noch in Kraft. Ich sehe hier einen Widerspruch zum Förderstopp. Der Landtag muss sich also aktiv in diese Auseinandersetzung einbringen.

Fazit Die bäuerliche Tierhaltung braucht sichere Perspektiven im ländlichen Raum und die Proteste der Einwohner müssen ernst genommen werden. Ich will, dass Landwirte und Tierschützer aufeinander zugehen.

Fortsetzung -->

Aus meiner Sicht ist der Agrarausschuss des Landtages ein dafür geeignetes Gremium. Ich halte folgende Förderkriterien für diskussionswürdig:

- Eine betriebliche Obergrenze für den Tierbesatz von zwei Großvieheinheiten pro Hektar (2 GV/ha),
- Die feste Bindung der Investition an den eigenen oder gepachteten Boden
- Die Zahlung eines ausreichenden Mindestlohns (10 Euro) an die Beschäftigten.

- Die Honorierung besonders gesunder und tiergerechter Haltungsverfahren.

Damit haben wir auch definiert, was wir für einen bäuerlichen Betrieb halten! Danach sollten die Förderanträge bewertet werden. Darüber hinaus sollte die Privilegierung von gewerblichen Tierhaltungsanlagen im Außenbereich einer Lösung weichen, die eine deutliche Mitsprache der betroffenen Gemeinden sichert. Die bäuerliche Tierhaltung, im kleinen wie im

großen Betrieb, in der ökologischen oder konventionellen Wirtschaftsweise muss in unserem Lande eine klare Perspektive bekommen.

[Grundlage dieses Beitrages bildet das Redemanuskript von Prof. Dr. F. Tack in der aktuellen Stunde des Landtages am 1. Feb. 2012 zum gleichen Thema]

Mit den Menschen für die Menschen -sozial, ökologisch, regional, demokratisch-

Die Linksfraktion hat kürzlich ihre dreitägige Frühjahrsklausur in Banzkow durchgeführt.

Am ersten Tag standen die Beratungen ganz im Zeichen von Europa. Europäische Vorgaben bestimmen zunehmend viele Bereiche in Deutschland und MV, in der Folge steigen die Anforderungen an die öffentlichen und privaten Strukturen im Land. Zunächst ging es um die Neuausrichtung der gemeinsamen EU-Agrarpolitik (GAP) nach 2013. Zu den Anforderungen aus Sicht des Berufsstandes war Hauptgeschäftsführer des Bauernverbandes, Dr. Martin Piehl, eingeladen. Auch die Neuausrichtung der europäischen Kohäsionsfonds wurde diskutiert. In erster Linie ging es dabei um die Sicht der ostdeutschen Länder, dazu war u.a. der Minister für Wirtschaft und Europaangelegenheiten von Brandenburg, Ralf Christoffers, eingeladen, der über die

Schwerpunkte in der neuen Förderperiode aus seiner Sicht berichtete. Hinterfragt wurden auf die Europafähigkeit der Kommunen, der Vereine und Verbände im Land, denn dort gibt es noch viele Reserven.

Am zweiten Tag ging es um die soziale Situation von selbständig und freiberuflich arbeitenden Künstlerinnen und Künstlern auf der Tagesordnung. Die wirtschaftliche und soziale Lage der Kulturschaffenden ist oft schlicht verheerend. Eine ganze Berufsgruppe ist in wechselhaften und risikoreichen Beschäftigungsformen tätig, sie verfügen lediglich über ein durchschnittliches Jahreseinkommen von knapp 11 100 Euro und liegen damit unterhalb der Armutsgrenze. Als Fachmann hat u.a. der Geschäftsführer des Fonds Darstellende Künste e.V., Günter Jeschonnek, zur sozialen Lage von darstellenden Künstlern am

Beispiel der Freien Theater referiert. Am dritten Tag haben sich die Mitglieder sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf einen klaren und konsequenten Oppositionskurs für die nächsten fünf Jahre eingeschworen. Im Land brennt es lichterloh und es gibt viele Probleme, die ungelöst sind. Wir werden die Arbeit der Regierung weiterhin kritisch begleiten und zugleich unsere Alternativen deutlich machen. In unserer Arbeit stehen die Menschen und deren Lebensqualität im Mittelpunkt. Dies werden wir künftig noch stärker vor Ort mit den Bürgerinnen und Bürgern diskutieren, um gemeinsam Lösungen für die vielen Probleme zu finden - mit den Menschen für die Menschen - sozial, ökologisch, regional, demokratisch .
www.linksfraktionmv.de



Ostermarsch

Auch in diesem Jahr wird sich DIE LINKE Mecklenburg-Vorpommern wieder am Ostermarsch beteiligen und sich für den Frieden aufs Fahrrad setzen . Diesmal geht es quer durch Rostock, denn die Hansestadt wird nicht nur von der Bundeswehr als militärischer Standort genutzt, sondern dient dem Land MV auch als Hafen, um radioaktiven Müll zu verschiffen.



April 1942 IN MEMORIAM



24. April 1942, 00:30 Uhr

Dütschland führte all dat vierte Johr Krieg. Sondermeldungen mit de uns Volksempfänger-Radios siet September 1939 in Stimmung holln harn, begeisterten man bloots noch de Kinner un Nazibonzen, oewer all lang´ nich mihr de Frugens un Oellern, de ehre Männer un Jungs anne Front harn. Se luerten up denn Breifdräger, dat hei mit de Feldpost gaude Nachricht bringen süll un bangten, dat dor ein Breif dorbi wier, in denn stünn: „... für den Führer ... fürs Vaterland ... auf dem Felde der Ehre gefallen.“ So un äbenso ähnlich stün´t ok in de taunähmenden Dodesannoncen von´n Rostocker Anzeiger. De Volkstimmung schlöoch üm, un de Briten wull´n noch bäten nahhelfen un se noch slichter maken: Sei schickten dorüm an ´n 28. März ehre Royal Air Force nah Lübeck, un bombardierten de Hansestadt, de ok fuurts as Zunner brennen deed. Un weil dat so gaud güng, hemm sei sik uns ok noch förknööpt. In Rostock, dor bugten Heinkelwarker de Bomber He 111, mit de all 1940 dat inglich Coventry terrorisiert wūr? Nu sülln de Rostocker ok mal spürn woans dat is!

24. April 1942, 05:15



An´n 24. April 1942 güng dat los. Kort nah Middernacht reet mi ´n Fliegeralarm ut ´n Schlap. Dor brumnte wat an´n Nachthimmel, un ick wüsst sofort, dat dit kein He 111 wier, de wi – ok ick, damals noch as Liehrling bi Heinkel - in Marienehe bugten. Schienwarfers söchten denn stiernkloren Nachthimmel nah de Indringlinge af, un kreegen se einen dorvon tau faten, ballerte de Flak ok all los, wat dat Tüch höl. Dat wiern för uns Rostocker ganz niege Töne. Wi harn nu denn Krieg nich mihr bloots in Radio, Kino und Zeitung, nee, nu wier hei all bi uns Tohus. Dat wier bither unvorstellbor wäst, denn Reichsmarschall Hermann Göring har doch grotmuhlig verkündt, Meier heiten tau wollen, wenn je ein feindlich Flugzeug oewer de düütsche Grenz fleigen wūr? Nu erläwte Rostock denn iersten groten Bombenangriff, un de Reichsmarschall

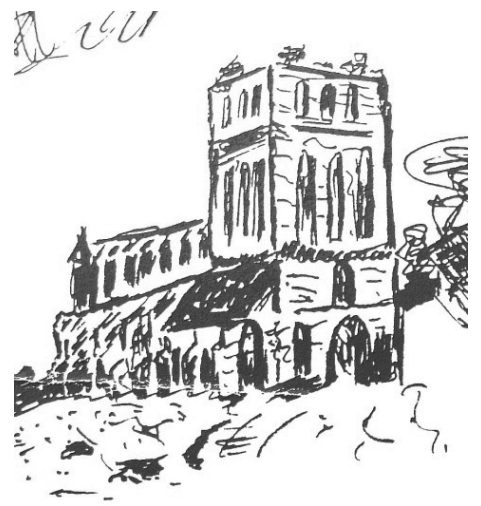


Steinstraße und Neuer Markt

Hermann Göring hett nu - hinner förgeholene Hand - Hermann Meier heiten. Nu krachten Bomben, un bald stünn uns schöne Altstadt von de Petrischanz bit taun Kaponsbarg in Flammen. Mit Hartenklappen keek ick, von´n Dierkower Barg ut, up dat grote Fier und de Rookwulken. Ick wier upgerägt un künn´t nich faten, wat dor mit mien leiw Rostock passierte. Bannig verfierte ick mi ok, as ick mit einmal Fier ut de Karkenspitt von St.Petri tüngeln seech. De Flamm´ frät´t sik ümmer wierer nah un´n dörch, grad as ´n gierig Drak. Taulezt kippte de ganze schöne Turmspitt, wi ´n Fackel up dat Petriduur und de Hüser von de Slüterstraat hendahl. Mi wull dat alls nich in mienen Kopp, wat sik vör miene Ogen dor as een gruglich Drama afspälte, un ick möst mi kniepen, dat dit nich ´n böś´ Drohm wier. Oewer dat wier´t

wohrhaftig nich, sonnern de bittere Wohrheit! Ick bahnte mi ´n Wech oewer Steintürmmer un de noch kokelnden Balken von ´n Petriturm. Up ´n Ollen Markt slööpten de Inwahner ehre Saaken ut de Hüser. De Anblick von mien brennend „Höltenschlarben-Schau“ und de äbenso fuerknisternden Hüser ringsüm, können einen in Panik versetten. Ick reet mi tausamen un lööp wierer. De Old Schmädstraat un Wendländer Schild´ hendahl, un oewer de Graubenstraat wech. Denn Beginenbarg har dat besonnern dull erwischt, dor geef dat ´n richtigen Fiersturm. Ein Fru quälte sik mit Handwagen, up de sei ´n Neihmaschien un Betttüg laadt har, denn Barg na de Steinstraat hoch. Ick hülp ehr trecken un fragte wohen sei denn wull. Sei säd, dat se dat ok nich wüsst, bloots ihrst mal weg von dat schreckliche Fier, dor geef villicht de Rosengorden orer de Wallanlagen ehr Schutz „für dit Sodom un Gomorra wat Adolf uns inbrockt hett!“ Ick verfierte mi und säd, dat ick dat oewer unsen Führer nich hört har un haute af. Ick weit hüt nich mihr woans ick dörch de Steinstraat un oewer denn Niegen Markt kamen bün, wo fast alls brennen deed. Ein Wunner: dat Rathaus un de Marienkark nich! Oewer de Langstraat keem mi vör as ´n Fackeltoch, dat man bloots de Fackeln Hüser wiern. Anne Eck von de Wokrenter brennt´ dat Schriewworengeschäft, un de Storm pust Papier nah de Schnickmannstraat tau de Chemiefabrik Witte roewer, wat brisante Gefohr bröchte. Dor wier Not an´n Mann un mien Hülsangebot willkamen. Ick süll man upt Fabrikdach stiegen un mit ´n Sprüt de ranfleigenden „Papierfackeln“ utpusten, säd een Fuehrerhauptmann. Wi ick spärer hörte, lagerte dor Nitroglyzerin, Dynamit un anner brisantet Tüchs. Villicht

24 Stunden danach, 25. April 1942



wier de Brandmeister nich grad gaud up sö'n iefrigen „HJ-Heini“ wi mi tau spräken un geef mi dorüm dat Himmelfohrtskommando. De Royal Air Force flög noch wiedere Angriffe. De Füerschien oewer Rostock wieste de Piloten denn Wech. De Statistik seggt: In vier Aprilnächte hemm 396 RAF-Bomber oewer 4170 Phosphor-

kanister, 132 Luftminen un bit 4000 schwere sowie diverse Splitterbomben afsmeten. De Bilanz is ok: dat dorbi oewer 400 Börger ümkamen und 40 000 obdachlos worden sünd. Dat wier för 70 Jahr. Wi harn dunn ierst tweieinhalf Jahr Krieg, un dat Schlimmste stün uns noch beför. An'n Enn' fälten wi uns üm uns Jugend

dörch de Nazis belagen un bedragend un hemm secht: „Nie werrer Nazis, nie werrer Krieg!“

Kurt Kaiser

„Klön snack-Rostocker 7“ e.V.

Text und Tintenzeichnung „Drei Mal St. Petri in 24 Stunden“

Von Kurt Kaiser

Regionalkonferenz -Teilnahme für uns kaum möglich-

Liebe Genossinnen und Genossen,
Im Rahmen der Verständigung zu einem möglichen Mitgliederentscheid zur Besetzung des Parteivorstandes haben wir gemeinsam mit dem Geschäftsführenden Parteivorstand (GFPV) im Januar 2012 die Möglichkeiten von Regionalkonferenzen zur Vorbereitung des Bundesparteitages erörtert. Nach einer Diskussion im Parteivorstand sollten diese nun im April/Mai stattfinden - nach einer Verständigung unter den „Nordländern“ einigten wir uns auf einen Termin nach der Landtagswahl in Schleswig-Holstein auf den 13.05.2012 in Hamburg.

Trotz vorheriger Bestätigung und erfolgter erster Mobilisierung in den Landesverbänden wurde vor etwa einer Woche dieser Termin nun durch die Bundesgeschäftsstelle unter Hinweis auf die Neuwahlen in NRW abgelehnt - Hamburg als federführender Landesverband wurde zu einem neuen Terminvorschlag gedrängt. Unter Beachtung der auf den 13.05.2012 folgenden Feiertage/Ferien wurde nunmehr der 15.05.2012 - gegen den entschiedenen Widerspruch von Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein - als Termin für eine Regionalkonferenz Nord festgelegt und durch den GFPV entsprechend „zur Kenntnis“ genommen. Somit sind auf Wunsch der Bundesgeschäftsstelle nunmehr die Landesverbände Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Bremen, Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern aufgefordert, an einem Dienstagabend zu einer Regionalkonferenz in Vorbereitung eines so wichtigen Bundesparteitages nach Hamburg zu mobilisieren.

Wir erneuern daher unsere Bitte vom 14.03.2012 und hoffen auf zahlreiche und zeitnahe Meldung von an der Teilnahme an der o.g. Konferenz Interessierten - inkl. der Angabe der möglichen Anreise, um ggf. Fahrgemeinschaften bzw. Gruppentickets der Bahn zu organisieren.

Mit freundlichen Grüßen

Steffen Bockhahn
Landesvorsitzender

Landes- und Kreisvorsitzende der Partei DIE LINKE

DIE LINKE.

Sofortinformation der Bundesgeschäftsleitung über die Beratung des Geschäftsführenden Parteivorstandes am 2. April 2012

Liebe Genossinnen und Genossen,

in der **aktuell-politischen Verständigung** befasste sich der Geschäftsführende Parteivorstand mit den Wahlkämpfen in Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein.

Gesine Löttsch berichtete vom Landesparteitag in NRW, an dem sie ebenso wie Klaus Ernst teilgenommen hatte. DIE LINKE NRW hat ihr Landtagswahlprogramm beschlossen. „Nur mit uns“ - unter diesem Motto geht DIE LINKE mit vier konkreten Forderungen in den Landtagswahlkampf: „Kita für alle - jetzt & gebührenfrei!“, „Löhne rauf - Ihr seid es wert!“, „Millionärsteuer als Schuldenbremse!“ und „Sozialticket für ganz NRW!“ sind die zentralen Botschaften. Die Landesvertreterversammlung hat eine gute Liste mit erfahrenen Genossinnen und Genossen und einer Dreierspitze aufgestellt. Damit sind alle Grundlagen für den Wahlkampf gelegt. Der Geschäftsführende Parteivorstand bittet alle Mitglieder, Sympathisantinnen und Sympathisanten der Partei um die größtmögliche Unterstützung für den Wahlkampf. Hierzu sollen neben der tätigen Unterstützung vor Ort ausdrücklich auch Spenden zählen, insbesondere für Großflächen, wie sie auf der Homepage der Partei für beide Bundesländer angeboten werden: www.die-linke.de.

Der Geschäftsführende Parteivorstand beschloss, den Wahlkampf durch die Finanzierung von zusätzlichen Bustouren zu unterstützen. Ferner wird beim Bundesfinanzrat um erneute Befassung und Zustimmung zu einem modifizierten Antrag geworben, damit zusätzliche finanzielle Mittel für Anzeigen und Großflächen in Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein bereitgestellt werden.

Ferner verständigte sich der Geschäftsführende Parteivorstand über die nächste Parteivorstandsberatung am 14. April 2012, zu der alle antragsrelevanten Unterlagen zum Göttinger Parteitag behandelt werden müssen; dazu gehören u.a. der Zeitplan, die Geschäftsordnung, die Vorschläge für Gremien und für das Wahlverfahren. Nach nochmaliger Überprüfung der anfallenden Kosten und angesichts der hinzugekommenen Wahlkampfkosten beschloss der Geschäftsführende Parteivorstand dem Parteivorstand, seinen Beschluss über einen zusätzlichen Parteitag in diesem Jahr zu überdenken.

Der Geschäftsführende Parteivorstand nahm zur Kenntnis, dass die Regionalkonferenzen zur Vorbereitung des Göttinger Parteitages für die folgenden Termine geplant sind:

- 14.5. in Dortmund oder Essen (Landesverband NRW)
- 15.5. in Hamburg (Landesverband Hamburg unter Beteiligung aus Niedersachsen, Bremen, Schleswig-Holstein und ggf. Mecklenburg-Vorpommern)
- 18.5. Saarbrücken (Landesverbände Saarland und ggf. Rheinland-Pfalz)
- 20.5. in Stuttgart (Landesverband Baden-Württemberg)
- 21.5. in Erfurt (Landesverband Thüringen)
- 22.5. in Berlin (Landesverbände Berlin und Brandenburg)
- 23.5. in Leipzig (Landesverbände Sachsen und Sachsen-Anhalt)
- 24.5. in Frankfurt (Main) (Landesverband Hessen)

Der Landesverband Bayern beteiligt sich an den Regionalkonferenzen der umliegenden Landesverbände.

Solidarische Grüße

Caren Lay

und
Kay Spieß
Landesgeschäftsführer und Pressesprecher



Leserbrief Manfred Adam

Was wissen Sie über die Rostocker Ehrenbürger? Bei dieser Frage erspare ich mir, auf eine aktuelle Diskussion über die Verleihung des Titels eines Ehrenbürgers der Stadt Rostock an eine spezielle Person einzugehen. Mich bewegen andere Gedanken und Überlegungen.

Vor kurzem fand ich in einer Buchhandlung eine Veröffentlichung, die der Verlag Redieck & Schade herausgegeben hat. Es ist eine Broschüre über die Verleihung von Ehrenbürgerschaften der Stadt Rostock. Sie enthält neben den Daten, kurz gefasste Beschreibungen der Menschen, denen kürzlich diese Ehrung zuteilwurde. Dazu zählen auch im Laufe der Stadtgeschichte die Persönlichkeiten Hermann Schuldt, Hans Warncke und Karl Mewis. Jedem wurde in den 70er und 80er Jahren des 20. Jahrhunderts die Ehrenbürgerschaft Rostocks feierlich verliehen. Nach der Wende wurde allen drei Persönlichkeiten auf einem Mehrheitsbeschluss der Bürger-schaft hin die Ehrenbürgerschaft abgesprochen. Rostocker Straßen, die ihre Namen trugen, wurden umbenannt. Die Autoren der Broschüre beschreiben die drei Persönlichkeiten objektiv, sachlich und historisch richtig. Aus der Landarbeiterschaft und aus der Arbeiterklasse stammend, hatten sie sich politisch und organisatorisch der sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD), der Unabhängigen Sozial-demokratischen Partei Deutschlands (USPD) und der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) angeschlossen. Sie traten gegen die kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung der armen- und lohnabhängigen Bevölkerung in Stadt und Land hier in Mecklenburg und Pommern effektiv als gewählte Abgeordnete in den Landtagen und im Deutschen Reichstag auf. In der Zeit der Terrorherrschaft des Hitlerfaschismus kämpften sie gegen die Nazidiktatur. Mit der Waffe in der Hand stellten sie sich, wie Hermann Schuldt, Mitte der 30er Jahre in Spanien, in den Reihen der Internationalen Briga-

den, für die Freiheit des spanischen Volkes und für die Verteidigung der Demokratie in Europa dem Francofaschismus und den Hitler- und Mussolinitruppen entgegen. Ins Gefängnis, ins Zuchthaus und ins Konzentrationslager geworfen gaben sie ihre Haltung und Gesinnung nicht auf. Im Exil hielten sie durch ihren Widerstand gegen die Nazimord-bande und die Kriegsverbrecher vor den Bürgern der Emigrations-länder den deutschen Namen in Ehren, weil sie für ein freies Deutschland eintraten. In den Jahren nach der Befreiung des deutschen Volkes vom Faschismus durch die Sowjetunion und des Bündnisses der Alliierten schonten sie sich beim Aufbau einer antifaschistischen, demo-kratischen Republik nicht und wirkten an vielen Stellen mit aller Kraft zum Wohl des Volkes und für den Frieden. Diesen integren Persönlichkeiten, solchen bewährten Patrioten und Demokraten wurde die ihnen würdig verliehene Ehrenbürger-schaft unserer Stadt aberkannt. Ihre Namen wurden aus dem Stadtbild getilgt. Welche irre Verblendung, welche Niedertracht, welche Schuftig-keit so etwas zu beschließen und auch zu vollziehen. Jene lernten nichts aus den unheilvollen Kapiteln der Geschichte unseres Landes. Sie begriffen nicht, dass jede ihrer Vernunft und moralischen Einsicht widersprechenden Taten, nur dem Schoß zugute kommen, aus dem der mörderische Faschismus kroch, wie es schon Brecht eindringlich beschrieben hat. Heute stehen jene, die vor zwanzig Jahren solche geschichts-vergessenen Beschlüsse durchsetzten, aber auch wir, vor der Tatsache, die Abkürzung: "NSU - nationalsozialistischer Untergrund" lesen zu müssen und über Jahre hinweg die Morde und Raubzüge einer organisierten und logistisch vernetzten Terror-bande unaufgeklärt hinzunehmen.

An das Ende meiner Gedanken stelle ich ein Gedicht des großen deutschen Dichters Kurt Tucholsky, das im Jahre 1930 in

der linken „Arbeiter Illustrierte Zeitung“ abgedruckt wurde:

Deutschland erwache
Daß sie ein Grab dir graben,
daß sie mit Fürstengeld
das Land verwildert haben,
daß Stadt um Stadt verfällt...
Sie wollen den Bürgerkrieg entfachen -
(das sollten die Kommunisten mal machen!)

daß der Nazi dir einen Totenkranz flicht - :
Deutschland, siehst du das nicht
Daß sie im Dunkel nagen,
daß sie im Hellen schreien
daß sie an allen Tagen
Faschismus prophezeien
Für die Richter haben sie nichts als Lachen -
(das sollten die Kommunisten mal machen!)

daß der Nazi für die Ausbeuter ficht - :
Deutschland, hörst du das- nicht -?
Daß sie in Waffen starren,
daß sie landauf, landab
ihre Agenten karren im nimmermüden Trab
Die Übungsgranaten krachen
(das sollten die Kommunisten mal machen)

daß der Nazi dein Todesurteil spricht
Deutschland, fühlst du das nicht - ?
Wir wissen alles. Uns sperren sie ein.
Wir wissen alles. Uns läßt man bespeien.
Wir werden aufgelöst. Und verboten.
Wir zählen die Opfer; wir zählen die Toten.
Kein Minister rührt sich, wenn Hitler spricht.
Für jene die Straße. Gegen das Reichsgericht.
Wir sehen. Wir hören. Wir fühlen den kommenden Krach.
Und wenn Deutschland schläft - :
Wir sind wach!

Termine aus HRO und LRO

Datum	Zeit	Veranstaltung	Ort	Raum
Dienstag, 10. April 2012	14:00 Uhr	AG Gewschichte	Rostock	Stephanstraße 17
Dienstag, 10. April 2012	17:00 Uhr	Sitzung Kreisvorstand	Rostock	Stephanstraße 17
Mittwoch, 11. April 2012	18:00 Uhr	LAG Innerparteiliche Kommunikation	Rostock	Stephanstraße 17
Mittwoch, 11. April 2012	15:00 Uhr	Sitzung der Stadtteilsprecher	Rostock	Stephanstraße 17
Samstag, 14. April 2012	19:30 Uhr	"Offene Worte - Gysi trifft Zeitgenossen"	Teterow	Kulturhaus
Dienstag, 17. April 2012	18:30 Uhr	Kreisvorstandssitzung	Kritzkow	Bowlinggaststätte
Donnerstag, 19. April 2012	14:00 Uhr	„Ist die SPD fähig, die Gesellschaft zu verändern?“	Rostock	Südring 28
Samstag, 21. April 2012	10:30 Uhr	Politikfrühschoppen	Graal-Müritz	Hotel „Ostseewoge“
Montag, 23. April 2012	17:00 Uhr	Beratung mit BO-Vorsitzenden	Kritzkow	Kreisverwaltung-Kleiner Saal
Dienstag, 24. April 2012	15:00 Uhr	IG EntRüstung	Rostock	Stephanstraße 17
Dienstag, 24. April 2012	16:00 Uhr	ISOR	Rostock	Stephanstraße 17
Dienstag, 24. April 2012	17:00 Uhr	Sitzung Kreisvorstand	Rostock	Stephanstraße 17
Mittwoch, 25. April 2012	15:00 Uhr	Sitzung der Stadtteilsprecher	Rostock	Stephanstraße 17
Freitag, 27. April 2012	15:00 Uhr	Gesprächsrunde mit Bildhauer Axel Peters (Erster Landrat im Landkreis Rostock) zur Entstehung der „Rosa-Luxemburg-Steele“	Graal-Müritz	Haus des Gastes
Samstag, 28. April 2012	9:30 Uhr	Landeskonzferenz zur Öffentlichkeitsarbeit	Greifswald	Creativhaus (Feldstraße 85)
Dienstag, 1. Mai 2012	10:00 Uhr	Demonstration	Rostock	Werftdreieck
Dienstag, 1. Mai 2012	11:00 Uhr	politisches Familienfest	Rostock	Kastanienplatz
Dienstag, 1. Mai 2012	10:00 Uhr	Info-Stand und Kuchenbasar	Güstrow	Marktplatz
Dienstag, 1. Mai 2012	10:00 Uhr	Aktionsbündnis lädt ein!	Bad Doberan	Kornhaus
Montag, 7. Mai 2012	18:00 Uhr	Sitzung LAG AKL	Rostock	Stephanstraße 17
Dienstag, 8. Mai 2012	17:00 Uhr	ehrendes Gedenken	Güstrow	Ehrenmal
Dienstag, 8. Mai 2012	17:00 Uhr	Tag der Befreiung	Rostock	Puschkinplatz
Dienstag, 8. Mai 2012	17:00 Uhr	Sitzung Kreisvorstand	Rostock	Stephanstraße 17
Dienstag, 8. Mai 2012	18:18 Uhr	ehrendes Gedenken	Bad Doberan	Ehrenmal am Bachgraben
Mittwoch, 9. Mai 2012	15:00 Uhr	Sitzung der Stadtteilsprecher	Rostock	Stephanstraße 17

Aufruf

Liebe Genossen,

am 17. Mai ist „Herrentag“. Aus dem Rostocker Kreisvorstand kam die Idee, das Ereignis in diesem Jahr in geselliger Runde bei Bier und Bratwurst gemeinsam zu begehen. Was haltet Ihr davon? Wenn Ihr Interesse habt, meldet Euch einfach mal in der Kreisgeschäftsstelle.

Ralf Malachowski

Runde Geburtstage

Runde Geburtstage April 2012

Roland Bull	BO Kröpelin	50. Geburtstag
Ralf Dostal	BO Amt Carbak	50. Geburtstag
Roswitha Friedel	BO Kühlungsborn	86. Geburtstag
Willi Gerdel	BO Kröpelin	82. Geburtstag
Angelika Güldemeister	BO Satow	50. Geburtstag
Ernst Jahnel	BO II DBR	87. Geburtstag
Richard Luderfinger	BO Lambrechtshagen	75. Geburtstag
Regina Lüdecke	BO Sanitz	55. Geburtstag
Bruno Sibbel	BO Rerik	89. Geburtstag
Gerhard Tamms	BO Papendorf	85. Geburtstag
Hans-Georg Woest	BO Neubukow	19. Geburtstag



Gleicher Lohn für gleiche Arbeit



Die stellvertretende Vorsitzende der LINKE, Katja Kipping, erklärt zu den Forderungen aus der SPD nach einem Gesetz zur verbindlichen Gleichbezahlung von Männern und Frauen: Es ist schön, dass Herr Gabriel jetzt das fordert, was auch wir als LINKE schon lange und immer wieder fordern: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Noch schöner wäre es gewesen, hätte sich seine Fraktion im Deutschen Bundestag einem dementsprechenden Antrag der LINKEN im Jahre 2008 angeschlossen. Alle Jahre wieder beobachten wir, wie sich die Spitzen der SPD anlässlich markanter Aktionstage zur Speerspitze der Arbeiterbewegung machen, um im Plenum des Bundestages, wenn es daran geht, sich bei Anträgen im Interesse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zählen zu lassen, von einer merkwürdigen

Starre in den Armen befallen zu werden. Für mich ist der Equal Pay-Tag außerdem Anlass, darauf zu verweisen, dass es die SPD war, die mit der Neureglung für geringfügige Beschäftigung im Jahre 2003 vor allen Dingen Frauen in sogenannten 400-Euro-Jobs gelockt hat – Beschäftigungsverhältnisse also, die jeglichen Anreiz, mehr zu arbeiten verhindern und bei denen Altersarmut vorprogrammiert ist. Wir als LINKE fordern anlässlich des Equal Pay-Tages: Schluss mit prekären Jobs, Schluss mit der nicht nachvollziehbaren Ungleichbehandlung von Leiharbeiterinnen und Leiharbeitern und Stammbeschäftigten! Gleicher Lohn für gleiche Arbeit muss überall gelten.

(Foto: Frank Schwarz+Jörn Schulz)



Up un Dal



Gewinner:

Beate Klarsfeld bekommt endlich jene öffentliche Anerkennung, die ihr jahrzehntelang verwehrt wurde. Jetzt fehlt eigentlich nur noch das Bundesverdienstkreuz.

Verlierer:

Der SPD-Verkehrsminister kürzt massiv die Mittel für den Öffentlichen Nahverkehr in M-V. Geld für neue Straßen ist hingegen reichlich vorhanden. Das macht die Nutzer des ÖPNV zu Verlierern, und die zahlreichen SPD-Wähler sollten mal in sich gehen und ihr Stimmverhalten überdenken.

Zitat der Woche

„Ich bin da, um moralisches Gewicht für die Bundesrepublik und für meine Nachfolger zu sammeln.“

(Theodor Heuss, Bundespräsident 1949-1959. Er stimmte 1933 für das Ermächtigungsgesetz.)

Preisrätsel

Sie können gewinnen, wenn Sie die folgenden Fragen richtig beantworten und Ihre Antworten an die Redaktion schicken. Wer den KLARTEXT aufmerksam gelesen hat, dürfte kein Problem haben.

1. Welcher Landtagsabgeordnete betreut den gesamten Landkreis Rostock?
2. Wer wurde erneut zum Kreisvorsitzenden der Rostocker LINKEN gewählt?

Die Gewinnerin/den Gewinner des Preisrätsels erwartet eine Buchspende der Rostocker Buchhandlung im Doberaner Hof.

Die Antworten richten Sie bitte per Post oder E-Mail an die Redaktion, ein Redaktionsmitglied oder an einen der zwei Kreisvorstände Rostock oder Landkreis Rostock.

Einsendeschluss ist der 30.04.2012